GEISLINGEN

SPD

Auszug aus der Stellungnahme zum Haushalt 2015 – Thema: Freihandelsabkommen

Alles in allem befindet sich unsere Stadt nach ein paar relativ entspannteren Jahren wieder in einer sehr angespannten finanziellen Situation. Da darf nicht mehr viel dazwischen kommen. Aber wir können noch handeln. Wir haben noch Entscheidungskompetenzen.

Eine Gefahr für die Handlungsfreiheit und die Organisationsfreiheit der Kommunen steht jedoch drohend am Horizont. Es sind dies die mehr oder weniger im geheimen ausgehandelten verschiedenenen Freihandelsabkommen (CETA, TTIP, TISA). Heribert Prantl, Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, nennt sie einen „Anschlag auf die parlamentarische Demokratie". Dass diese Abkommen auch eine Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung und die öffentliche Daseinsvorsorge bedeuten können, zeigen auch Stellungnahmen vieler Kommunen, kommunaler Spitzenverbände und kommunaler MandatsträgerInnen. Die Freihandelsabkommen, mit ihren außergerichtlichen Schiedskommissionen und Investitionsschutz, berühren zahlreiche Bereiche, in denen die Gemeinden über eigene Kompetenzen verfügen. Sie sind ein wiederholter Angriff des Neoliberalismus auf die Öffentliche Daseinsführsorge (Wasser etc.). Der Deutsche Städtetag ging in einem Beschluss vom Februar 2014 auf kritische Distanz zu TTIP. Er forderte von der Bundesregierung auf die Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards und auf den Schutz und die Hoheit der Kommunen bei der Organisation der kommunalen Daseinsvorsorge Wert zu legen.

Er fordert, dass … „insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, … explizit ausgeschlossen" werden. Er bemängelt, dass die bisherigen Verhandlungen intransparent seien und erheblich die Rechte der gewählten Mandatsträgerinnen auf allen Ebenen vernachlässigten. Wir könnten nun bis zu den Entscheidungsprozessen abwarten und Tee trinken und anschließend dann wieder beklagen, dass man die Interessen der Kommunen im Bund und der EU nicht ernst nehme. Oder – und das erheben wir zum **Antrag – noch in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen diese Thema beraten und uns von unserer Seite durch eine Resolution dem Prostest dieser kritischen Kommunen, dem Vorsitzenden des bayrischen Städtetags dem Nürnberger OB Maly, dem Bezirkstag Schwaben anschließen.**